

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Herausgeber-Verleger: Kurt
W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26

Verleger: Kurt W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26
Verantwortlich: Kurt W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26
Redaktion: Kurt W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26
Druck: Kurt W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26

Druck u. Verlag: Alfred & Helmut
Richter, Dresden, Hauptstraße 25/26
Druck: Kurt W. Müller, Dresden, Hauptstraße 25/26

Die Breußenkasse wird Reichsanstalt

Wirtschaftsfragen vor dem Reichskabinett

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Okt. Das Reichskabinett hielt am Freitag nachmittag eine vom Reichsanwalt von Papen geleitete mehrstündige Sitzung ab, der vom Reichsbankpräsident Dr. Dietrich v. Cuno als Beobachter teilgenommen. Es wurde eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst, die in Form von vom Reichspräsidenten zu unterschreibenden Dekretverordnungen in Kraft gesetzt werden sollen. Zunächst wurde eine Erweiterung der Breußenkasse beschlossen, die in Form von vom Reichspräsidenten zu unterschreibenden Dekretverordnungen in Kraft gesetzt werden sollen. Die einzelnen Bestimmungen befinden sich zur Zeit noch in der Ausarbeitung.

Damit verbleibt der Reichsanwalt Dr. Cuno bei seiner bisherigen Tätigkeit. und die um den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Dietrich v. Cuno angeordneten Kombinationen haben sich für den Augenblick erledigt. Es verbleibt allerdings schon heute, das es sich bei dieser Regelung lediglich um ein Provisorium handele, da die Arbeitslosenzahl für Dr. Cuno, der zugleich der Reichskommissar für das Bankwesen und kommissarischer Reichsminister ist, auf die Dauer nicht hoch zu sein scheint, als daß man sie einer einzelnen Person anvertrauen könnte. Jedoch läßt sich heute noch nicht sagen, welche Regelung für die Zukunft angestrebt wird. Ein weiterer wichtiger Kabinettsbeschluss wurde hinsichtlich der Umwandlung der Breußenkasse, deren Aktienmehrheit sich bekanntlich seit längerer Zeit in den Händen des Reiches befindet, gefasst.

Die Breußenkasse wird in die „Deutsche Zentralgenossenschaftsbank“ umgewandelt werden, vor allem zu dem Zweck, um die Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens endlich und erfolgreich durchzuführen zu können. Hierfür sind Mittel in Höhe von 200 Millionen Mark erforderlich. Eine weitere Verordnung, die das Kabinett heute ebenfalls verabschiedet hat, betrifft die beschleunigte Durchführung der D-S-Bankmaßnahmen. Auch hier sind die Einzelheiten noch Gegenstand der Ausarbeitung und dürften erst mit der Veröffentlichung der betreffenden Verordnung bekannt werden.

Dem vom Reichsanwalt in der letzten Zeit verschiedentlich angeforderten

Ausgleich gewisser Güten auf lokalem Gebiet dient eine Verordnung, die gewisse Erhöhungen der Unterhaltungsbeiträge der Erwerbstätigen bringt, die sich noch in der Obhut der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung befinden. Zunächst dürften die Gruppen eine Verbesserung der Unterhaltungsbeiträge erfahren, deren Beiträge zur Zeit vielfach unter den Sägen der Wollfabriks- und Kräft-

unterstützungen liegen. Die Regelung ist in der Weise getroffen, daß dem Reichsarbeitsminister die Ermächtigung gegeben wird, die Erhöhungen da im Benehmen mit der Reichsanstalt vorzunehmen, wo er sie für angebracht hält. Allerdings sind diese Erhöhungen an die Voraussetzung geknüpft, daß die Zahl der Arbeitslosen während des Winters keine weitere Steigerung erfährt, sondern wenn möglich durch die von der Regierung bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaft noch abnimmt. Bestimmte Mehrleistungen sind sofort verfügt worden.

Auch bei den Renten werden gewisse Güten eine sofortige Beseitigung erfahren.

Über die landwirtschaftliche Kontingentpolitik ist in der heutigen Sitzung des Kabinetts nicht gesprochen worden, wenn auch die Anwesenheit der Mitglieder des Reichsbankpräsidentiums die Möglichkeit zu Erörterungen über den Ausgleich der Angelegenheiten ergab, die sich zwischen dem Verhalten der Landwirtschaft nach umfänglicher Kontingentpolitik und den dagegen erhobenen Widerständen der Exportindustrie herausgestellt haben. Diese Gegenstände haben vielfach zu Erörterungen geführt. So war heute berichtet worden, daß das Direktorium der Reichsbank an die Reichsregierung einen Brief mit dem eindringlichen Hinweis gerichtet hätte, es sei bei einer Durchführung der Kontingentpolitik nicht in der Lage, die Gewähr für die Erhaltung der deutschen Währungsweiterhin zu tragen. Die Reichsregierung stellt in Uebereinstimmung mit der Reichsbank fest, daß ein dreifacher Verkehr zwischen Regierung und Reichsbank durchaus nicht ungewöhnliches sei.

und daß in dem letzten gepflogenen Briefwechsel eine Gefährdung der Währung seitens der Reichsbankleitung nicht behauptet worden ist.

In tatsächlicher Hinsicht, so wird weiter festgestellt, liegt eine solche Gefährdung auch in keiner Weise vor. Ueber den internen Schriftverkehr werden naturgemäß, entsprechend den bisher gepflogenen Verhandlungen, feinerliche Mitteilungen gemacht, doch verleiht, daß das Reichsbankpräsidentium gegen den sogenannten Verleumdung, der in wesentlichen Teilen bekanntlich auf eine Kreditausweitung hinausläuft, Bedenken bei der Reichsregierung geltend gemacht werden. Die Münchner Zeitschrift des Reichsanwaltes wurde im Gegenatz zu anderen Meldungen innerhalb des Kabinetts nicht erörtert. Im Anschluß an die Kabinettsitzung begab sich der Reichsanwalt zum Reichspräsidenten und erstattete ihm über die vom Kabinett angeordneten Verfügungen Bericht. Am Sonnabend verläßt der Reichsanwalt Berlin, um in Paderborn und Dortmund die angeforderten Reisen zu halten.

und daß in dem letzten gepflogenen Briefwechsel eine Gefährdung der Währung seitens der Reichsbankleitung nicht behauptet worden ist.

Deutschland lehnt Genf als Konferenzort ab

v. Neurath berichtet dem Reichskabinett

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober. Im Reichskabinett berichtete heute Reichsanwalt v. Neurath über die außenpolitische Lage. Herr v. Neurath berichtete dem Reichskabinett, daß die Verantwortlichen in London sich bestimmt haben, den Ort der Konferenz in Genf einzuberufen. Der englische Gesandte in Berlin hatte im Auftrag seiner Regierung dem Reichsanwalt die Frage übermittelt, ob Deutschland bereit wäre, der Verlegung nach Genf zuzustimmen. Der Außenminister v. Neurath hat darauf erklärt:

daß sich Deutschland nicht in der Lage sehe, den Tagungsort Genf anzunehmen.

Der Reichsanwalt erklärte eingehend die Lage, die sich durch die englisch-französische Vereinbarung und die deutsche Ablehnung ergeben hat. Der ablehnende Standpunkt Deutschlands werde einen verstärkten Druck auf Frankreich zur Folge haben, jedoch werde die Reichsregierung, so betonte der Außenminister, sich auch verstärkten Anstrengungen nicht beugen, sondern an den bekannten deutschen Forderungen festhalten. Interessant ist noch, daß Deutschland ausdrücklich vorgeschlagen habe, wenn man sich nicht auf London einigen könne.

dann den Haag oder unter Umständen auch Lausanne als Tagungsort zu wählen.

Genf hat die Reichsregierung deshalb abgelehnt, weil dort von der Gegenseite ein Abstreifen der Besprechungen auf die direkten Themen der Arbeitslosenkonferenz erfolgt wäre, was die Regierung angesichts ihrer Stellungnahme zur Abrüstungskonferenz zu vermeiden wünscht.

Kommt die Konferenz noch zustande?

London, 14. Okt. Reuters meldet: Obwohl Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien bereit sind, eine Viermächtekonferenz abzuhalten, werden die Aussichten für die Abhaltung einer solchen Konferenz heute in wohlwollenden Kreisen für sehr gering gehalten. Es hat sich eine schwierige Lage aus der Tatsache ergeben, daß Frankreich die Konferenz nirgendwo anders als in Genf abhalten will, während Deutschland zustimmen würde, sie

fast überall, mit Ausnahme von Genf, abzuhalten. Beide Seiten halten an ihrem Standpunkt fest, und der Eindruck in London ist heute abend so,

daß man vollkommen am toten Punkt angelangt ist.

Wie Reuters weiter berichtet, ist man auf englischer Seite der Ansicht, daß der nächste Schritt von London gemacht werden müßte, aber verantwortliche Stellen in London erklären, sie wüßten nicht, was sie vorschlagen sollten. Die Viermächtekonferenz sei einer Verwirklichung nicht näher. Frankreich habe einen tatsächlichen Vorteil erlangt, indem es Großbritannien dazu brachte, Genf als Zusammenkunftsort der Konferenz zuzustimmen. Deutschlands Antwort aber sei ein rasches und unangenehmes Nein.

Serriot ist befriedigt

London, 14. Oktober. Ministerpräsident Serriot erklärte bei seiner Ankunft auf dem Flughafen in der französischen Politik: Ich hatte keinerlei Schwierigkeiten, wüßte Uebereinstimmung mit meinen englischen Freunden zu erzielen. Frankreich hat sich bereit erklärt, an einer Konferenz mit Italien und Deutschland teilzunehmen, und die Engländer haben zugestimmt, daß die Konferenz in Genf

innerhalb des Rahmens des Völkerbundes stattfinden soll. Leider hat nur Italien die von Sir John Simon gestern abend nach Rom und Berlin telegraphierte Einladung angenommen. Deutschland hat es abgelehnt, teilzunehmen. Was ich jedoch ausgesprochen finde, ist, daß es möglich ist, Dinge mit den Engländern zu erörtern, ohne daß irgendeine der beiden Seiten verärgert wird.

Die Pariser Abendpresse ist mit dem Ergebnis der Londoner Besprechungen im allgemeinen zufrieden. Die Vertreter unterbreiten den besonderen Wert, den Genf als Verhandlungsort insofern habe, als dadurch der Wunsch Frankreichs, die kleineren Mächte und insbesondere die Besessenen Frankreichs wenn auch nur mittelbar daran beteiligt zu sehen, erfüllt ist.

Serriot ist in Begleitung seiner beiden Kabinettschefs heute abend aus London kommend in Paris eingetroffen.

Der französische Gegenstoß

Serriots Besuch in London hat mit der englisch-französischen Vereinbarung über die Wahl von Genf als Tagungsort der geplanten Viermächtekonferenz und der prompten deutschen Ablehnung dieser Zumutung eine neue Lage in der Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung geschaffen. Der weitere Gang der Dinge, insbesondere die Art und Richtung des von Paris ausgehenden Gegenstoßes zeichnet sich jetzt deutlich ab. Man kann mit einiger Sicherheit erkennen, welche Widerstände und Hürden die Deutschen auf dem weiteren Weg zu erwarten haben. Mit dem Ende des Zwischenspieles vom deutschen Abmarsch aus Genf bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen ist der psychologisch wichtige Augenblick gekommen, in dem jeder falsche Schritt von deutscher Seite und der geringste Fehler dazu führen könnten, daß die erste Selbständigkeitsregung unserer Wehrpolitik denselben Schiffbruch erleidet, wie die Isolationspolitik unter Brüning unglücklicher Leistung. Wir müssen dabei immer im Auge behalten, daß von außen keine Hilfe zu erwarten ist, sondern daß Erfolg und Mißerfolg von der Charakterfestigkeit des deutschen Auftretens abhängen.

Auch die wohlwollenden Töne in der englischen Presse dürfen nicht dazu verleiten, von der Londoner Vermittlung allein ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Wenn auch die dortige öffentliche Meinung die Berechtigung der deutschen Forderung immer mehr anerkennt, so ist doch noch ein weiter Weg bis zur amtlichen Unternehmung des deutschen Standpunktes. MacDonald hat das Bedürfnis gefühlt, den schlechten Eindruck der Simonnote auf die eigene Öffentlichkeit durch die Konferenzladung zu verwischen. Er ist aber auch persönlich von dem Streben geleitet, eine für alle Teile befriedigende Lösung zu erreichen, aber bei ihm und noch mehr bei der Bürokratie des Foreign Office fehlt der Wille, gegen den französischen Widerstand energisch aufzutreten. Das hat sein sofortiges Nachgeben gegenüber den Franzosen in der Wahl des Konferenzortes, der eine englische Preisfrage war, sofort wieder schlagend bewiesen.

Paris ist und bleibt die allein machgebende Stelle. Und Paris hält mit zäher Verbissenheit an jedem Ausschalen des Pariser Vertrages fest. Jeden Tag hämmert es dort die Presse von links bis rechts dem Volke ein: Zwischen Frankreich und Deutschland darf es auf alle Zeiten kein anderes Verhältnis geben als das von Macht zu Ohnmacht, von Siegern zu Besiegten. Keiner von den französischen Staatsmännern, Serriot ebenso wenig wie vorher Tardieu, will in die Geschichte eingehen als der erste, der von dieser Bahn abgewichen ist, der Frankreich „abgerüstet“ und Deutschland „unhergerüstet“ hat. Unter diesen falschen Schlagworten wird in Frankreich die Auseinandersetzung geführt. Man trauert dort wieder der Rheinandrängung nach und erinnert daran, wie bitter Uncle Clemenceau gehalten hat, der seinen Kampf mit Hoch und mit tiefer Annerkennung oder die von Wilson erzwungene Besetzung der Rheinlande mit den Worten zu Poincaré gewonnen hatte: „Herr Präsident, wenn Sie mir 15 Jahre nach Versailles die Ehre erweisen, an mein Grab zu treten, dann werden Sie sagen: Wir sind am Rhein und wir bleiben am Rhein.“ Wie weit ist die Geschichte über dieses Wort des alten Tigers hinweggegangen! Und ebenso, fürcht man in Paris, würde es gehen, wenn man den national erwarteten und regierten Deutschen in der Frage der westpolitischen Gleichberechtigung nur den kleinen Finger reichte. Aus diesem Vorstellungsreis kommen die französischen Staatsmänner nicht heraus; an eine Zukunft, die das deutsch-französische Verhältnis nicht auf Macht und Ohnmacht, sondern auf Vertrauen und ehrliebe Partnerschaft gründet, wagen sie nicht zu denken. Das ist für sie gleichbedeutend mit der Wiederholung der Vorgänge von 1914. Sie denken, wie sie sich in Deutschlands Lage verhalten würden, und handeln danach. Davon, daß die Sicherheit ihres Landes eine solche Einstellung zu Deutschland erfordert, sind sie noch dazu ehrlich überzeugt, und erst wenn man das alles berücksichtigt, kann man die Hartnäckigkeit des französischen Widerstandes und die Unmöglichkeit, ihn durch gutes Zureden zu brechen, voll begreifen.

Nur die Angst vor ihrer wachsenden Isolation kann unter diesen Umständen die gegenwärtigen Vertreter der französischen Politik bewegen, über die deutsche Gleichberechtigungsforderung auch nur in die Debatte einzutreten. Sie haben ein feines Gefühl für den Umschwung in der Weltmeinung und beobachten mit Zerschren die ersten Wirkungen der deutschen Weigerung, den Hauser Abrüstungskommissar weiter mitzumachen. Die internationale Öffentlichkeit ist ausgerüttelt worden. Italien, England und Amerika versuchen, dadurch angespornt, neue Anläufe in Richtung auf eine wirkliche Abrüstung. Und vor allem die Verantwortung für einen Nechtschlag in Genf drückt immer schwerer auf Frankreichs Schultern. Mit der Politik des harten Neins ist gegen diese wachsende Welle der Aktivität ringsum nicht anzukommen. Das haben auch die Leute im Dual D'Orsay erkannt. Sie sind bekannt für ihre Wendigkeit im Wandertieren. Jedesmal, wenn sie mit ihrem ewigen Nein in eine Sackgasse geraten sind, a. B. bei der Hooveraktion für das Schuldensetzjahr und zuletzt in der